

## II. Interpretation der Daten einer marktwirtschaftlichen Statistik, Nutzung durch die Wirtschaftspolitik

Um die VGR und andere von der amtlichen Statistik geforderten Daten (z.B. Geldstatistik und andere Statistiken der Bundesbank, Außenhandels-, Preisstatistik usw.) verstehen zu können und ihre Bedeutung richtig einschätzen zu können, ist v.a.

1. auf ihre Benutzung (Interpretation) im Rahmen der marktwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik und auf
2. ihre Realisierbarkeit in der Sozialproduktsrechnung (als Kreislaufdarstellung)

einzugehen. Die Begriffe und das Kontenschema der VGR sind allein wenig hilfreich. Es kommt darauf an, wie diese Konzepte in der Wirtschaftspolitik benutzt werden und wie sie Statistiker mit konkreten Daten füllen können. Das soll im folgenden dargestellt werden.

### 1. Grundlagen der Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft

#### a) Politikbereiche

Der Staat hat nicht die Prozesse im Detail zu steuern. Bei Abwesenheit zentraler Planung ist er nicht verantwortlich für bestimmte Produktionsmengen. Seine Verantwortlichkeit erstreckt sich auf Globalgrößen und gesamtwirtschaftliche Ziele sowie auf die Gestaltung des rechtlichen und institutionellen Ordnung, des "Rahmens" des Wirtschaftens (Ordnungspolitik).

Das Problem der Stabilisierungspolitik besteht in der Versteigerung des Konjunkturzykluses Die Schlüsselbegriffe hierbei sind Begriffe die aus der VGR abgeleitet werden, wie z.B. Gesamtnachfrage und Produktionspotential

Der Staat wirkt auf die Konjunktur ein vor allem mit der Finanzpolitik (Staatsausgaben und Staatseinnahmen, darunter auch Kredit) und die Geldpolitik (die Wahrung der Stabilität des Geldwerts durch Beeinflussung von Geldvolumen und Zinsniveau). Wegen der Gefährdung geldpolitischer Ziele (d.h. der Stabilität des Geldwerts) u.a. durch den Staatskredit, ist eine Trennung von Staat und Notenbank erforderlich. Ferner ist stets ein Rücksichtnahme auf die Außenwirtschaft nötig.

#### b) Schlüsselbegriffe zur Stabilisierungspolitik

Der Wert der im Inland erbrachten Produktionsleistungen ist das Inlandsprodukt (bzw. genauer, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen). Es ist durch Einsatz von Produktionsfaktoren entstanden (wodurch auch Leistungseinkommen entstanden sind) und es ist durch Güterkäufe (allgemeiner: Verwendung von Gütern und Dienstleistungen) "nachgefragt" worden. Es ist zu unterscheiden:

- das bei gegebenen Produktionsfaktoren und deren Produktivität an sich mögliche Angebot, quasi die Kapazität der Volkswirtschaft, das Produktionspotential (die volkswirtschaftliche Kapazität) und
- das tatsächliche (realisierte) BIP, die Gesamtnachfrage, deren Komponenten in der Verwendungsrechnung des Sozialprodukts bezeichnet sind.

Während das Produktionspotential langfristig, relativ stetig wächst, ist die Gesamtnachfrage schwankend. Dies führt zu einer unterschiedlichen Auslastung des Produktionspotentials.

Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ist das Verhältnis des tatsächlichen (realisierteren) Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Produktionspotential (PP).

Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials: Hochkonjunktur ist eine hohe Auslastung (meist verbunden mit Inflationsgefahr) und Depression oder nachlassende Konjunktur bedeutet geringe Auslastung (verbunden mit Unterauslastung der Produktionsfaktoren, z.B. Unterauslastung des Faktors Arbeit, also Arbeitslosigkeit).

Wachstum bedeutet (langfristige) Zunahme des PP und entsprechend ist die Wachstumspolitik auf die Bestimmungsfaktoren des Angebots, der Kapazität gerichtet, also Kapitalbildung (Investition), Arbeitskräfte und deren Qualifikation und technischer Fortschritt.

Konjunkturpolitik ist dagegen die Beeinflussung der Gesamtnachfrage, damit die Auslastung des Produktionspotentials gleichmäßiger ist, d.h. gegebenenfalls ein expansives oder ein kontraktives Einwirken auf die Komponenten der Gesamtnachfrage (also auf Konsum, Investition, Außenbeitrag).

### **c) Konzeption der Globalsteuerung**

Nach der vor allem von Keynes begründeten makroökonomischen Theorie kann es ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung geben, d.h. der private Bereich ist nicht inhärent stabil und man kann in einer Depression nicht auf einen hinreichend raschen Anpassungsprozeß der Marktkräfte zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vertrauen.

Der Staat hat insbesondere durch eine antizyklische Fiskalpolitik, d.h. durch Einwirkung auf die Gesamtnachfrage den Zyklus zu verstetigen und für eine Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Ziele (mag. Viereck) zu sorgen. Er sollte dabei von der Geldpolitik unterstützt werden

Man spricht deshalb auch von "demand management" bei der Politik der Globalsteuerung.

### **Grenzen keynesianischer Politik und alternative Stabilisierungskonzepte**

Die keynesianische (fiskalistische) makroökonomische Theorie ist an Voraussetzungen gebunden, die nicht allgemein gelten (The Great Depression der Zwanziger Jahre) und ihre Anwendung in der Wirtschaftspolitik durch das Konzept der Globalsteuerung ist umstritten (Inflation, Staatsverschuldung, stop and go). Eine Gegenstrategie ist die von Milton Friedman propagierte monetaristische Position, die eher auf eine Stabilisierung primär durch die Geldpolitik mit einem potentialorientierten Geldmengenwachstum vertraut.

Die Globalsteuerung kann durchkreuzt werden durch die Tarifpolitik und durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Volkswirtschaft, wobei für den Einfluß der Außenwirtschaft auf die Binnenkonjunktur vor allem die Frage wichtig ist, ob die Wechselkurse fest oder flexibel sind. Auch der Monetarismus ist umstritten. Ein neueres stabilisierungspolitisches Konzept ist z.B. die Angebotspolitik.

## 2. Stabilisierungspolitik und VGR

### 2.1 Gegenstand, Darstellungsmethoden

#### a) *Wirtschaftskreislauf, fundierte Schätzung*

Schlüsselgrößen der Politik der Globalsteuerung stammen aus der VGR und beziehen sich auf Aggregate (Globalgrößen), die sich durch das Prinzip der fundierten Schätzung bestimmen lassen. Dieses Prinzip ist eine Konsequenz dessen, daß das Sozialprodukt aus dem Wirtschaftskreislauf abgeleitet wird.

Das Verständnis der VGR setzt demnach vor allem das Konzept des Wirtschaftskreislauf, der fundierten Schätzung und des Produktionsbegriffs voraus.

Ein Wirtschaftskreislauf ist die Darstellung von Transaktionen nach Funktionen (Art der Transaktion) zwischen Sektoren (U = Unternehmen, S = Staat und H = Private Haushalte).

Alternative Darstellungsarten des Kreislaufs sind das Kreislaufbild, Gleichungen, Matrix, Kontenschema und Staffekonten (Standardtabellen).

Ein Kreislauf ist geschlossen, wenn (wertmäßig) die Summe der einfließenden und die Summe der ausfließenden Ströme gleich sind. Der Kreislauf ist somit in Gleichungen darstellbar. Für jeden Sektor gibt es eine Gleichung, bei n Sektoren also n Gleichungen, von denen aber nur n-1 unabhängig sind.

Die wichtigste Folgerung aus dem Konzept des geschlossenen Kreislaufs für die Wirtschaftsstatistik ist das Prinzip der fundierten Schätzung:

1. Das Volkseinkommen kann man nicht schätzen durch Befragung der Personen nach ihren Individualeinkommen wegen
  - Doppelzählungen (Einkommensumverteilung!)
  - Lücken (Anteile von Staat und Unternehmen am Volkseinkommen)
  - unterstellter Einkommen,sondern man kann es nur mit dem Prinzip der fundierten Schätzung errechnen.
2. Das besagt, daß mehrere unabhängige Kontrollrechnungen theoretisch zum gleichen Ergebnis führen müßten (insbes. die drei Standardtabellen und -rechnungen, vgl. Abschn. c) und viele Größen (z.B. auch der Anteil eines Sektors am Volkseinkommen) sich als Saldo (Restgröße) ergeben und oft auch nur so zu schätzen sind.
3. Das Kennzeichen eines Aggregats (einer Globalgröße) in der Wirtschaftsstatistik ist, daß nicht einfach eine Summation vorliegt, sondern eine fundierte Schätzung. Eine Globalgröße ist eine inhomogene Größe, die nicht weiter differenziert wird (jedenfalls nicht bis auf die Ebene des einzelnen Wirtschaftssubjekts), und weil sie nicht durch Summation gewonnen wird, auch oft kaum weiter differenziert werden kann.
4. Dadurch entsteht die oft für Laien paradox erscheinende Situation, daß es für die Wirtschaftsstatistik leichter sein kann, Ergebnisse auf einem aggregierten Niveau zu präsentieren als auf einem nichtaggregierten Niveau.

Fundierte Schätzung ist eine Schätzung ganz anderer Art als die stochastisch fundierte Schätzung in der induktiven Statistik. Das begründet auch eine Eigenständigkeit der Wirtschaftsstatistik gegenüber der Statistischen Methodenlehre. Aus diesem Grunde ist es auch nicht möglich, statistische Daten in für alle Zwecke geeignete kleinste Bausteine zu disaggregieren, so daß sie der Benutzer zu beliebigen Gesamtrechnungen wieder integrieren kann.

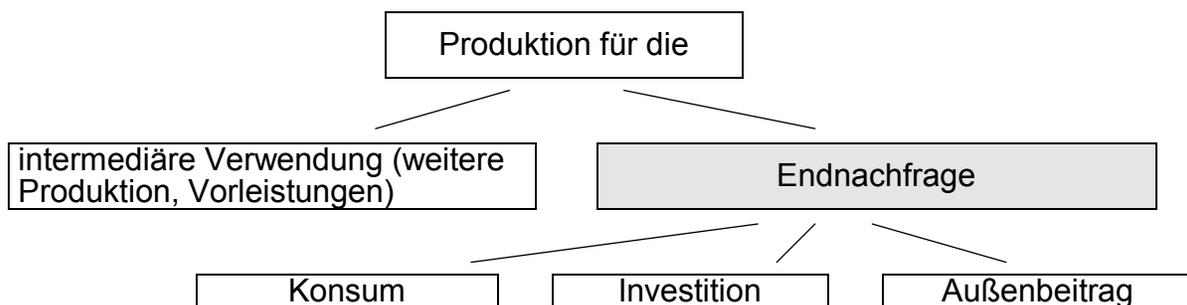
Es ist deshalb auch eine Utopie, die von vielen verfolgt wird, man könne die Bausteine zu der endgültigen, alles umfassenden Über-Gesamtrechnung integrieren, die dann die VGR und alle Satellitensysteme oder sonstigen Gesamtrechnungen (z.B. Umweltökonomische Gesamtrechnung) als Spezialfall enthält<sup>1)</sup>. .

### **b) Kontensystem der VGR in der Bundesrepublik**

Unterscheidung in zusammengefaßte Konten und Sektorkonten, Buchung: jede Größe einmal links, einmal rechts (außer Konto 7). Einzelheiten vgl. **Übers. 5**.

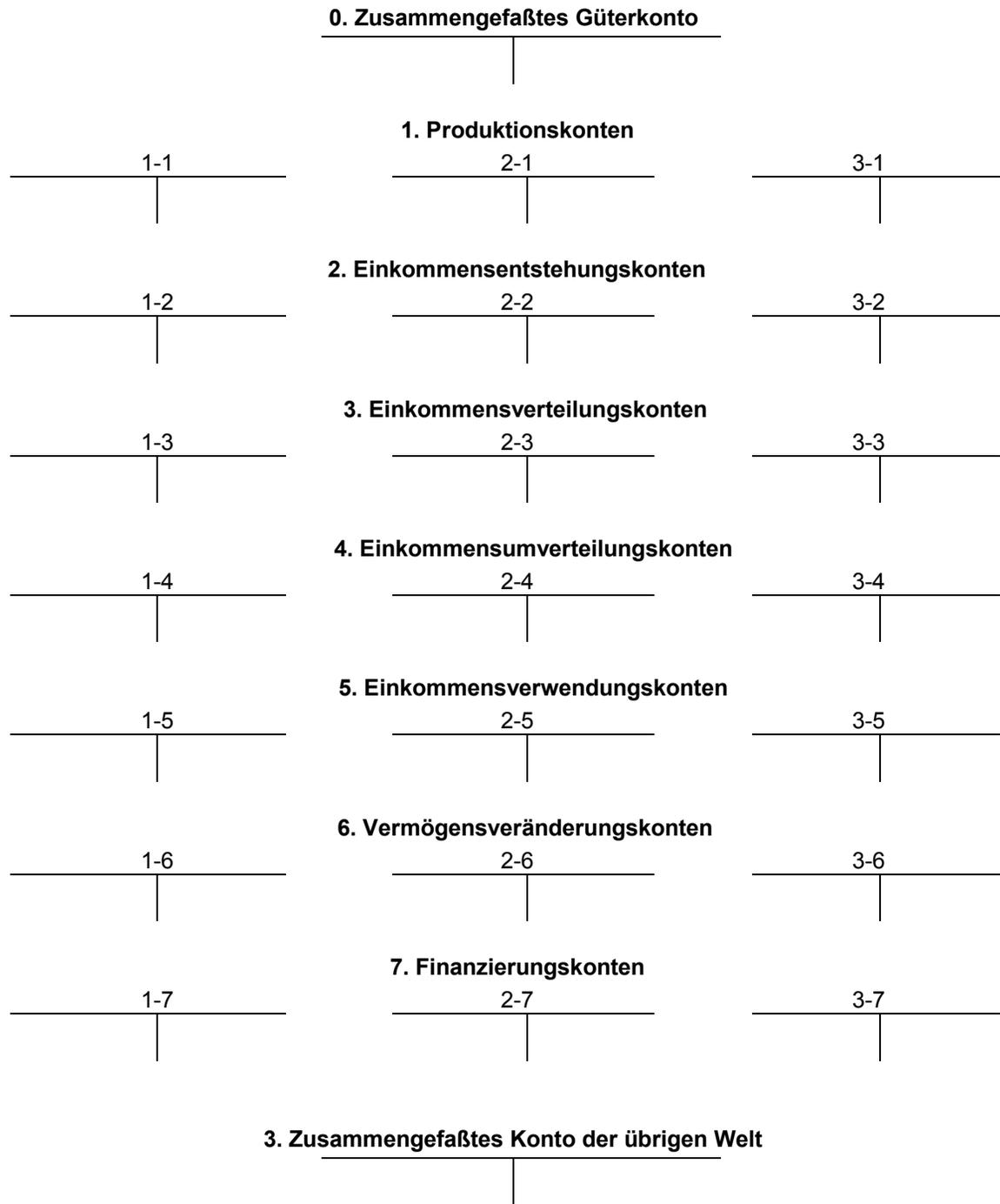
### **c) Standardtabellen zum Kontensystem und Berechnungsmethoden**

Standardtabellen sind Darstellungen in Form eines Staffekontos. Den drei Rechnungen (Tabellen, vgl. **Übers.7**) entsprechen auch drei Arten der Berechnung des Sozialprodukts. Für die Interpretation des Sozialprodukts (bzw. Inlandsprodukts) ist vor allem die Verwendungsrechnung wichtig. Es liegt ihr folgender Gedanke zugrunde:



Die Verwendungsrechnung stellt die volkswirtschaftliche Endnachfrage dar. Dagegen Input-Output -Tabellen und das Güterkonto das Bruttoprodukt (Globalprodukt).

<sup>1)</sup> Ich habe diesen Gedanken ausführlich unter dem Stichwort "Computopia" in der 5. Auflage meines Buches "Wirtschaftsstatistik" dargestellt (Seite 216 ff.)

**Übersicht 5: Kontensystem**

## Übersicht 6: Standardtabellen und Berechnungsmethoden

Entstehung des Inlandsprodukts	Verteilung des Volkseinkommens <sup>1</sup>	Verwendung des Inlandsprodukts <sup>2</sup>
Produktionswert - Vorleistungen = Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen - Abschreibungen = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen - indirekte Steuern + Subventionen = <b>Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten</b> (Wertschöpfung)	Bruttoeinkommen der inländischen Privaten Haushalte aus unselbständiger Arbeit + Bruttoeinkommen der inländ. Priv. Haushalte aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen + unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit + Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Verm. abzüglich der Zinsen auf öffentliche Schulden = <b>Volkseinkommen</b>	(1) Privater Verbrauch (2) + Staatsverbrauch = Letzter Verbrauch (3) + Bruttoinvestitionen = Letzte inländische Verwendung (Inlandsnachfrage) (4) + Ausfuhr = Letzte Verwendung (5) - Einfuhr = <b>Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen</b>

- 1) Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Inländer
- 2) Wenn (4) einschließlich der von Inländern aus der übrigen Welt empfangenen und (5) einschließlich der von Inländern an die übrige Welt geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen, dann **Sozialprodukt**, wenn ohne ... dann **Inlandsprodukt**. Darstellung in der BRD seit einigen Jahren nach Inlandsprodukt, früher nach Sozialprodukt. Der Saldo (4) - (5) ist der "Außenbeitrag".

### d) Kernsystem der VGR, Ergänzungsrechnungen und Satellitensysteme

## 2.2 Zentrale Konzepte

Nach statistisch-methodischen Vorbemerkungen über die Berechenbarkeit des Sozial- bzw. Inlandsprodukts sind nun die inhaltlichen Fragen der Sozialproduktsrechnung zu behandeln.

### a) Produktionsbegriff: materiell-nichtmateriell, Markt- und Nichtmarktproduktion

Die VGR nach dem Standard des SNA folgt einem erweiterten Produktionsbegriff (nicht nur materielle Produktion wie im MPS), einschließlich marktlich oder nichtmarktlich erbrachter Dienstleistungen, vgl. Schema der **Übers. 7**, Teil a.

#### Zusammenhang zwischen Produktion und Einkommensentstehung

Durch Produktion (und nur dadurch) entstehen die Leistungseinkommen  
 = Erwerbs- und Vermögenseinkommen,  
 = Einkommen der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital  
 = primäre Einommen);

Bei materiellem Produktionsbegriff auch eine andere Grenzziehung zwischen Einkommensverteilung und Einkommensumverteilung<sup>1</sup>

Der materielle Produktionsbegriff des MPS ist nicht nur ideologisch begründet worden, sondern auch einer dominierend güterwirtschaftlichen Planung angemessen. Die Begründung mit der Planung gilt auch für die Bevorzugung physischer (nicht-monetärer) Angaben und von Brutto- statt (wie in Marktwirtschaften) Nettokonzepten (z.B. Brutto- statt Nettoproduktionswert).

Der Produktionsbegriff des SNA umfaßt neben nichtmateriellen Dienstleistungen auch Unterstellungen. Neben gewerblichen Dienstleistungen (z.B. Banken, Versicherungen etc.) ist damit vor allem verbunden die Einbeziehung des Staates. Der Staat wird in unseren VGR (gemäß dem SNA) einbezogen, obgleich er auf der Output-Seite, also als Anbieter von Dienstleistungen, die weitgehend öffentliche Güter darstellen, kein Marktteilnehmer ist. Er ist aber Marktteilnehmer auf der Input-Seite, also bei Materialkäufen, Investitionen und auf dem Arbeitsmarkt. Der "Staat" umfaßt auch nicht ganz oder überwiegend staatliche Unternehmen (Bahn, Post usw.).

Oft und vergessen, daß im materiellen Produktionsbegriff (MPS) nicht nur der Output, sondern auch die Vorleistung anders abgegrenzt ist als im SNA. Es wird also nicht nur weniger Produktionsausstoß einbezogen, es werden auch weniger Vorleistungen bei der Bestimmung der Nettoproduktion abgezogen als im SNA.

### **b Einkommens- und Produktionsgröße, Inlands- und Sozial (Inländer) produkt**

Die Unterscheidung betrifft die net primary incomes, d.h. die Verteilung der Faktoreinkommen zwischen Inländern (residents) und der ROW, nicht den Export und Import. Sie ist auch nicht zu verwechseln mit dem Begriff Inlandsnachfrage (Teil der Verwendungsrechnung [Übers. 6]). Diese Unterscheidungen bereiten erfahrungsgemäß sehr viel Schwierigkeiten. Deshalb wird im Übers. 7 noch einmal gesondert

Inlands- und Sozialprodukt gelten als zusammenfassende Maße der wirtschaftlichen Leistung und damit auch des Wirtschaftswachstums. Früher wurde in Deutschland das BSP (= GNP) bevorzugt, international war immer das BIP (= GDP) bedeutsamer. Hinweise zur Interpretation:

	Interpretation
Inlandsprodukt (BIP)	paßt besser zu den auch auf inländ. Produktion bezogenen Konjunkturindikatoren (Auftragseingänge, Beschäftigung etc.); Preisbereinigung leichter
Sozialprodukt (BSP)	Maß für die wirtschaftl. Situation der Inländer aber eher ein indirekter Zusammenhang mit der Inlandskonjunktur; abhängig von Zinsstruktur

Weil nur Sachinvestitionen im Inland zählen und ggfls. eine fiktive im Inland ansässige Wirtschaftseinheit konstruiert wird, betrifft der Unterschied Inländer/Inland nur den Verbrauch, nicht die Investitionen. Beim (Privaten) Verbrauch schreibt das SNA die Verwendung des Inländerkonzepts vor<sup>2</sup> (Übers. 7 Teil. c2). Dabei kann (und wird i.d.R. auch) die Berechnung aus praktischen Gründen vom Inlandskonzept ausgehen.

<sup>1</sup> Mit dem Produktionsbegriff wird auch die Unterscheidung von primären Einkommen (Leistungseinkommen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und sekundären Einkommen (Umverteilungseinkommen) festgelegt. Im MPS sind z.B. Löhne und Gehälter von Bankangestellten und Staatsbediensteten Umverteilungseinkommen (also wie Renten) zu betrachten.

<sup>2</sup> Das SNA 93 schreibt in Textziffer (Tz) 9.70 "Households final consumption expenditure in the System refers to the expenditure incurred by resident households, whether that expenditure is incurred within the economic territory or abroad." und in Tz 9.71: "In order to calculate that total household final consumption expenditure it may be convenient to calculate the total expenditure made by all households, whether

### c) **Leistungs- und Wohlstandsinterpretation**

#### Interpretation des Sozialprodukts im Sinne von Wachstum und Wohlstand.

- Das Sozialprodukt ist eine aus der Darstellung des Wirtschaftskreislaufs abgeleitete Größe: primär ist nicht die korrekte Höhe des Sozialprodukts, sondern die möglichst realistische Abbildung der Wirtschaftsprozesse.
- Der zuletzt genannte Punkt wird auch bei uns oft vergessen, wenn z.B. gefordert wird aus dem Sozialprodukt ein Wohlstandsmaß oder z.B. ein "Ökosozialprodukt" zu entwickeln. Das sind methodisch von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuche, eine Art "Gesamtnutzen" messen zu wollen.

Deshalb ist auch mit unterstellten (fiktiven) Einkommensströmen sparsam umzugehen. Auch wenn Wohlstand (oder Qualität des Lebens) im Unterschied zu einem rein quantitativen Wachstum das Ziel sein mag, so würde eine solche Wohlstandsgröße wegen der Verrechnung marktmäßig bewerteter Leistungen mit ideellen Leistungen oder Nutzungen (z.B. Qualität der Umwelt, "Wert" der Freizeit, Beurteilung der Staatstätigkeit als wohlfahrtssteigernd oder aber "defensiv" usw.) wenig vertrauenswürdig und auch wenig brauchbar für einen (oder gar den) Zweck der VGR, nämlich der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung und der Konjunktur.

#### Interpretation im Sinne von Leistung

Anders steht es dagegen mit der Aussagefähigkeit des Sozialprodukts als Maß der Produktionsleistung und der wirtschaftlichen Aktivität eines Landes. Insbesondere in Verbindung mit Maßen der Ausstattung der Volkswirtschaft mit Produktionsfaktoren, nämlich mit einer Arbeitsvolumenrechnung (aus der Beschäftigtenstatistik) und einer statistischen Darstellung des Kapitalstocks mit einer Anlagevermögensrechnung sind Schlüsse möglich (und außerordentlich wichtig)

### Übersicht 7: Einige Abgrenzungen von Aggregaten im SNA93

#### a) **Produktionsbegriff (production boundary)**

Produktion					
Marktproduktion (marktbestimmte Produktion) = am Markt gehandelt und i.d.R. produziert für Dritte		Nichtmarktproduktion			
		für die eigene Endverwendung*		unentgeltlich für die Allgemeinheit	
Güter	Dienste	Güter	Dienste	Güter	Dienste
1a	1b	2a	2b	3a	3b

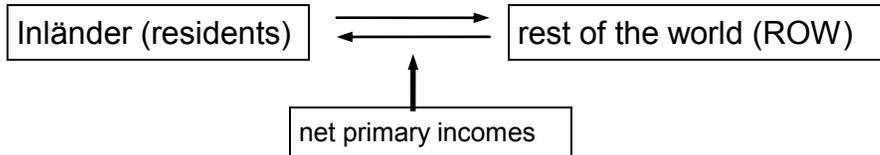
\* output for own final use

2a Güter		2b Dienste
als Investition (selbsterstellte Anlagen, Eigenleistungen beim Bau)	als Konsum (wenn „signifikant“, z.B. Lebensmittelproduktion für den Eigenverbrauch)	Mietwert des Wohnens als Eigentümer, weiterhin nicht Tätigkeit einer „Hausfrau“ (nicht Hausangestellten)

resident or not, within the economic territory and to adjust this figure by adding expenditures by residents abroad and subtracting expenditure by non-residents within the economic territory"

**b) Einkommensbegriff, GNP und GDP (national-domestic), GNI und GDI**

Inlands- und Sozialprodukt unterscheiden sich durch die net primary incomes



**Nationaleinkommen und des (national) verfügbares Einkommens im SNA**

<b>Nettoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)</b>
± Saldo der Faktoreinkommen aus der übrigen Welt (= net primary incomes)
<b>= Nationaleinkommen (netto) bisher: Volkseinkommen</b>
± Saldo der laufenden Übertragungen aus der übrigen Welt
<b>= Verfügbares Einkommen</b>

Das SNA 93 kennt nicht mehr Faktorkosten

**GNI statt GNP (gross national income statt - gross national income)**

Der Unterschied betrifft die Berücksichtigung des terms of trade Effekts im "income" (net trading gains/losses)

**c) Inlands- und Inländerkonzept**

1. bei der Einkommensentstehung:

Arten der Produktion und der hiermit entstandene Faktoreinkommen

Produktionsfaktoren	Produktion		Summe der Einkommen
	im Inland	im Ausland	
inländische a) Arbeit b) Kapital	(1) Produktionsleistung von Inländern im Inland	(2a) Auspendler (2b) Nutzung von deutschem Kapital, das im Ausl. angelegt wurde	<b>Sozialprodukt =</b> Faktorentgelte der Inländer
ausländische a) Arbeit b) Kapital	(3a) Einpendler (3b) Nutzung von ausländ. Kapital im Inland	(4) nicht von Interesse	
Summe der Produktionsleistungen	<b>Inlandsprodukt (BIP)</b> = im Inland erbrachte Produktionsleistung		

Es gibt keine grenzüberschreitenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit.

## 2. bei der Einkommensverwendung, Endnachfragekategorien (final expenditure)

Übergang vom Inlands- zum Inländerkonzept beim Privaten Verbrauch

- Käufe der Privaten Haushalte im Inland (**Inlandskonzept**)
- + Saldo der Käufe in/von der übrigen Welt (Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt [Reisekosten] abzüglich Verbrauch Gebietsfremder im Inland)
- + Eigenverbrauch
- = Privater Verbrauch (**Inländerkonzept**)

Die Berechnung geht i.d.R. vom Inlandskonzept aus. Für die Einkommensverwendung Privater Haushalte ist nur das Inländerkonzept sinnvoll, das auch das SNA 93 vorschreibt<sup>3</sup>.

verwendet	produziert		Summe
	im Inland	im Ausland	
im Inland	IPV	Importe (M)	LIV
im Ausland	Exporte (X)	nicht von Interesse	
Summe	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP)	Exporte und Importe jeweils ohne grenzüberschreitende Faktoreinkommen (sonst BSP)	

Abkürzungen IPV = im Inland produziert und verwendet  
 LIV = Letzte inländische Verwendung (Inlandsnachfrage, d.h. Verwendung von in- und ausländischen Produkten im Inland)  
 LV = Letzte Verwendung (schattierter Teil der Matrix)

"Letzte Verwendung" ist die Verwendung von inländischen Endprodukten im In- und Ausland sowie von ausländischen Endprodukten im Inland, so daß gilt  $LV = IPV + M + X$  und (1)  $LIV + X = LV$  und (2)  $LV - M = BIP$ . Die beiden Gleichungen finden sich im Staffellokonto der Verwendungsrechnung wieder.

- von der Produktionsleistung auf die Beschäftigung bzw. die erforderlichen Investitionen (marginale Arbeits- bzw. Kapitalkoeffizienten, vgl. Abschn. 2.3)
- von den Produktionsfaktoren (und deren Zunahme, z.B. Investitionen) auf das Produktionspotential (die Kapazität)

jeweils auf der Grundlage von Arbeits-, bzw. Kapitalproduktivität bzw. dem reziproken Arbeits-, bzw. Kapitalkoeffizient.

### **d) Schattenwirtschaft**

Zum Inlandsprodukt trägt natürlich auch die Schattenwirtschaft bei, ein Problem ist nur, ob sie auch zuverlässig zu erfassen ist. Der Begriff Schattenwirtschaft (im weiteren Sinne) umfaßt die illegale „Untergrundwirtschaft“, aber auch die Selbstversorgungswirtschaft. Für den Produktionsbegriff der VGR spielt es grundsätzlich keine Rolle, ob die Aktivität offen oder verborgen, legal oder illegal, regelmäßig oder unregelmäßig ist. Zur Untergrundwirtschaft gehören Aktivitäten, die (im Unterschied zur Selbstversorgungswirtschaft) zweifellos auf Erwerb gerichtet sind (und deshalb auch in die VGR einzubeziehen sind), die jedoch illegal sind und sich deshalb der Erfassung weitgehend entziehen (z.B. Schwarzarbeit zur Vermeidung von Steuern und Sozialabgaben).

<sup>3</sup> Vgl. die vorangegangene Fußnote. Im dort zitierten Text heißt es auch ausdrücklich, daß der Priv. Verbrauch nach dem Inlandskonzept, "the total expenditure by all households within the economic territory" zwar als Zwischengröße zur Berechnung genutzt werden kann, aber "it is not an aggregate recognized within the System" (Tz. 9.71).

### e) **Internationale Vergleichbarkeit der Einkommens- und Verbrauchskonzepte**

Eine international vergleichbare Darstellung des Sozialprodukts und des Wirtschaftskreislaufs hat nicht nur eine hohe Priorität

- für die Durchführung einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik (Stabilisierungspolitik) sondern auch
- für die Integration (oder zunehmende Zusammenarbeit anderer Art) von Wirtschaftsräumen (z.B. auch die GUS-Staaten), die Aufnahme in internationalen Institutionen (etwa dem IMF) oder für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Das sind Aspekte der Sozialproduktsrechnung, die bei einer Transformation der Wirtschaft Osteuropas und der Nachfolgestaatesn der UdSSR besonders bedeutsam sind: viele ehemalige sozialistische Länder bemühen sich mit Standortvorzügen für das internationale anlagensuchende Kapital und mit der Entwicklung weltmarktfähiger Produkte zu konkurrieren (auch gegen andere osteuropäische Länder). Die Übernahme marktwirtschaftlicher Konventionen der Sozialproduktsrechnung ist deshalb unumgänglich und rasch zu realisieren.

Beim internationalen Vergleich entstehen jedoch Probleme der Unvergleichbarkeit unterschiedlicher Lebensverhältnisse und Ordnungen, in denen die Menschen leben.

Es war stets ein (v.a. auch zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern) viel-diskutiertes Problem wie man zu einem fairen Vergleich der tatsächlichen Einkommen und damit der effektiven Verbrauchsmöglichkeiten der Bevölkerung gelangen kann. Insbesondere von sozialistischen Ländern wurde immer wieder geltend gemacht, daß dort ein Großteil des Konsums durch unentgeltliche Nutzung staatlicher Leistungen und Einrichtungen ermöglicht wird, so daß die Grenze zwischen Privatem Verbrauch (Individueller Konsumtion) und Staatsverbrauch (Kollektiver Konsumtion) problematisch sei. Im SNA ist jetzt dem Rechnung getragen, indem ein doppelter Nachweis (nach Marktentnahme- und Versorgungskonzept) empfohlen wird.

#### **Umverteilungs- und Verbrauchskonzepte im SNA**

Konzept			
ohne <sup>1)</sup>		mit <sup>2)</sup>	
individualisierbare Leistungen des Staates und der NPis <sup>3)</sup> zugunsten Privater Haushalte			
Verbrauch	Einkommen	Verbrauch	Einkommen
final consumption <b>expenditure</b>	<b>disposable</b> income	<b>actual</b> consumption	<b>adjusted disposable</b> income

1) deutsch: nach dem Ausgabenkonzept

2) deutsch: nach dem Verbrauchskonzept

3) NPI = non profit institutions = Private Organisationen ohne Erwerbscharakter (-zweck).

## 2.3 Abgeleitete Konzepte

Um die Ableitung der wichtigsten Aggregate, wie Wertschöpfung, Volkseinkommen, (verfügbares Einkommen, Ersparnis und Finanzierungssaldo aus dem Kreislauf verstehen zu können, wäre es notwendig, das vollständige Kontenschema und auch Berechnungsmethoden kennenzulernen, was hier jedoch aus Zeitgründen nicht geschehen kann. Es sollen deshalb nur zwei Beispiele für abgeleitete Größen betrachtet werden.

### a) Kenngrößen für Wachstumsmodelle

In der ökonomischen Analyse gern benutzte Konzepte sind: Arbeits- und Kapitalproduktivität (bzw. deren reziproke Werte, Arbeits- und Kapitalkoeffizient), Produktionspotential, Produktions- und Verflechtungskoeffizienten (in der Input-Output-Analyse).

Daraus ergibt sich auch die Einsicht, daß die Sozialproduktrechnung durch andere makroökonomische (d.h. Aggregate verwendende) Gesamtrechnungen wie Vermögens-, Finanzierungs- oder Input-Output-Rechnungen zu ergänzen sind.

Die durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität  $A_D$  ist definiert als

$$(*) A_D = \frac{Y}{B} \text{ mit } Y = \text{BIP und } B = \text{Erwerbstätigenstunden (Arbeitsmenge).}$$

Entsprechend ist die durchschnittliche Kapitalproduktivität  $Y/K$  (wenn  $K$  ein Maß des Kapitaleinsatzes ist). Marginale Koeffizienten erhält man jeweils wenn Zuwächse (Symbol  $\Delta$ ) betrachtet werden, also  $A_M = \Delta Y / \Delta B$ , marginale Kapitalproduktivität  $\Delta Y / \Delta K$  usw. Arbeits- ( $B/Y$ ) bzw. Kapitalkoeffizienten (durschn. und marginal, also  $K/Y$  oder  $\Delta K / \Delta Y$ ) sind Maße für die Beschäftigung(swirkungen) oder den Kapitalbedarf.

### Lohnkosten je Produkteinheit

Sie sind wie folgt definiert:

$$\boxed{\text{Index d. Bruttostundenverdienste (Lohnsatz } L) / \text{Index der Arbeitsproduktivität}}$$

und sind ein Maß zur Beurteilung der Lohnpolitik und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Der Name Lohnkosten je Produkteinheit (Lohnstückkosten) erklärt sich wie folgt: nach Umformung erhält man wegen Gl.\* den Ausdruck  $LB/Y$ , also das Produkt  $LB$ , die Lohnkosten (-ausgaben), dividiert durch  $Y$  (das "Produkt").

## 3. Datenbedarf der Geld- und Außenwirtschaftspolitik

### a) Ziele und Instrumente

Der Auftrag der Notenbank ist es, durch die Bargeldversorgung den Geldwert zu stabilisieren. Dabei ist zu unterscheiden: innerer und äußerer Geldwert. Stabilisierung des Binnenwerts bedeutet in erster Linie ein stabiles Verbraucherpreisniveau (Preisindex für die Lebenshaltung). Der Außenwert der Währung wird durch die Wechselkurse bestimmt.

Zwischen der Stabilisierung des inneren und des äußeren Geldwerts besteht (zumindest auf längerer Sicht) kein Widerspruch. Die Notenbank kann ihrem Auftrag am besten dadurch gerecht werden, daß sie das Ziel verfolgt, Inflation zu vermeiden und damit indirekt auch den Außenwert zu stabilisieren und für ein "außenwirtschaftliches Gleichgewicht" zu sorgen, womit ja im allgemeinen Sinne eine Situation gemeint ist, in

welcher der Stabilität von der Außenwirtschaft her keine Gefahren drohen. Eine solche Gefahr ist in einer mit der Weltwirtschaft stark verflochtenen Marktwirtschaft immer zu bedenken. Deshalb ist auch immer zu beachten, daß die Stabilisierungspolitik auf die außenwirtschaftliche Konstellation Rücksicht nehmen muß und durch internationale Kapitalbewegungen durchkreuzt werden kann.

Nicht nur außenwirtschaftlich, auch durch die Finanzpolitik oder die Tarifparteien kann die Notenbank behindert werden, das Ziel der Preisniveaustabilität zu erreichen. Dieses Ziel zu erreichen oder zu verfehlen ist das Ergebnis vieler Einflüsse. Die Notenbank kann deshalb dieses Ziel nicht direkt ansteuern, sondern sie kann sich vielmehr nur an einem Zwischenziel orientieren, an einer Größe, die sie einerseits hinreichend sicher selber beeinflussen kann und die andererseits auch eng genug mit dem eigentlichen Ziel im Zusammenhang steht.

Eine unbestritten wichtige Größe ist dabei das Geldvolumen (oder wirksame Geldmenge), eine andere, als Zwischenziel aber weniger geeignete Größe ist das Zinsniveau.

Die Notenbank verfügt über eine Vielfalt geldpolitischer Instrumente, im wesentlichen Maßnahmen, mit denen sie direkt (über Kontingente) oder indirekt über Preise (Zinssätze) auf die Bargeldversorgung der Banken (also die Bankenliquidität) einwirkt oder in Operationen (d.h. im Anbieten oder Nachfragen) auf Kreditmärkten, nämlich vorwiegend dem Geldmarkt (kurzfristige Kredite), dem Devisenmarkt und (in geringerem Maße) dem Kapitalmarkt (langfristige Kredite). Die einzelnen Instrumente wirken im unterschiedlichen Maße (und häufig auch nicht einfach voraussehbar) primär auf das Geldvolumen oder primär auf das Zinsniveau oder, was meist der Fall ist, in irgendeiner Weise auf beide Größen.

### ***b) Bedeutung von Geldvolumen und Zinsniveau***

Bevor auf die statistische Messung dieser beiden Größen eingegangen wird, sollte erkannt werden, daß mit ihnen Schlüsselgrößen für die Gestaltung der realen (güterwirtschaftlichen) Prozesse, insbesondere dann, wenn diese nicht mengenmäßig zentral geplant werden. Als Geld zählt das, was als universelles (für alle Arten von Käufen) Tauschmittel (Zahlungsmittel) akzeptiert wird.

Es gibt aber keine klare Grenze zwischen der Geld- und der Gütersphäre einer Volkswirtschaft. Auch Güter könnte man als potentielles Geld betrachten. Sie sind aber nicht im selben Maße wie Geld rasch und jederzeit als Zahlungsmittel einsetzbar (also nicht so liquide) und sie sind nicht ohne Risiko in Geld umtauschbar. Es gibt ein Kontinuum zwischen Geld (als Liquidität) und Geldkapital (Geldvermögen), also der Geldanlage um des Ertrages wegen.

Für monetäre Dispositionen sind Erwartungen hinsichtlich Liquidität, Rentabilität und Risiko entscheidend. Dabei ist für die Rentabilität ist der Zins bestimmend. Das Zinsniveau ist also die Variable, die monetäre und güterwirtschaftliche Prozesse miteinander in Verbindung bringt.

Hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung und der methodischen Probleme der statistischen Beobachtung gilt für Zinsen und Zinsniveau alles das, was über Preise und Preisniveau zu sagen ist analog.

Das statistisch interessante Problem des Begriffs "Geldvolumen" als Bestandsgröße (bezogen auf einen Stichtag) ist dagegen, ähnlich wie beim Vermögensbegriff, dessen Abgrenzung durch Aufzählung.

### **c) Abgrenzung und Erfassung des Geldvolumens**

Das Geldvolumen wird durch Aufzählung seiner Bestandteile operationalisiert, wobei unterschiedlich weit gefaßte Geldmengenbegriffe ( $M_1$ ,  $M_2$ ,  $M_3$ ,  $M_3$  erweitert) möglich sind.

Zum Geldvolumen  $M_1$  zählt man den Bargeldumlauf ( $B$ ) im Publikum (bei den "Nichtbanken") und die Sichteinlagen ( $D$ , täglich fällige Depositen) des Publikums bei den Banken. Man kann  $D$  in diesen engeren auf Zahlungsmittel beschränkten Geldvolumensbegriff  $M_1$  einbeziehen, weil über diese Konten (Sichteinlagen = Girokonten) durch Schecks und Überweisungen wie über Bargeld verfügt werden kann (ohne sich vorher die Einlage in bar auszahlen zu müssen).

Das Bargeld erscheint als Verbindlichkeit der Notenbank auf der Passivseite des Notenbankausweises<sup>4</sup> und die Sichteinlagen erscheinen (wie auch andere Einlagen des Publikums) auf der Passivseite der Bilanzen der Geschäftsbanken (d.h. der übrigen Banken neben der Notenbank). Folglich tritt das Geldvolumen  $M_1 = B + D$  auf der Passivseite der zusammengefaßten (konsolidierten) Bilanz des gesamten Bankensystems auf.

Zählt man zum Geldvolumen  $M_1$  noch die Termin- und Spareinlagen hinzu, so erhält man das Geldvolumen  $M_3$ , das als Zeitreihe weniger unruhig verläuft wie etwa  $M_1$ . Veränderungen des Niveaus und der Struktur der Zinsen führen zu Umschichtungen innerhalb der Einlagen, so daß ein weiter gefaßter Geldmengenbegriff (wie  $M_3$ ), der auch Formen von Geldkapital (wie die Spareinlagen) umfaßt, hiervon weniger berührt wird wie ein enger, nur Zahlungsmittel und eine Einlagenart (Sichteinlagen) umfassender Begriff wie  $M_1$ .

### **d) Arten und Wirkungen der Inflation**

Unter Inflation versteht man meist einen anhaltenden (nicht nur einmaligen, z.B. bei Ölpreisschocks) Anstieg des Preisniveaus. Abgesehen vom Problem der Operationalisierung des Konzepts "Preisniveau" ist hier zu fragen, ob jede Inflation sich in dieser Weise als "offene Preisinflation" darstellen muß. Man kennt ja auch eine verdeckte (zurückgestaute) Inflation, die sich, gerade in den (ehemals) sozialistischen Ländern in Warteschlangen, Schwarzmärkten usw. ausdrückt. Das Inflationsphänomen ist also allgemeiner und man versteht heutzutage unter einer Inflation einen Prozeß, bei dem die Wachstumsrate der (nominalen) Geldmenge  $r_M$  größer ist als die des realen Sozialprodukts  $r_Y$ .

Die Lücke  $r_M - r_Y$  kann aufgefüllt werden durch steigende Preise oder eine zunehmende Kassenhaltung oder beides. Warteschlangen, langfristiges unfreiwilliges Ansparen auf eine Wohnung usw. bedeutet ja, daß große (und meist auch steigende) Kassenhaltung und damit eine geringe (abnehmende) Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Bei der Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft wurde immer das Phänomen beobachtet, daß enorme, potentiell inflationär wirkende, Geldüberhänge der Bevölkerung als Ergebnis einer zurückgestauten Inflation abgebaut werden mußten. Mit der Verfügbarmachung eines größeren, breiteren und attraktiveren Warensortiments wurde die unfreiwillige Kassenhaltung beseitigt und Inflationsprozesse konnten sich erstmals offen in Form von Preissteigerungen auswirken.

Was die schädlichen Wirkungen der Inflation betrifft, so gibt es nicht selten sehr bedenkliche Verharmlosungen. Viele glauben, daß Inflation quasi der Preis für Wachstum

---

<sup>4</sup> Genau genommen trifft dies nur für die Banknoten, nicht auch für die ebenfalls zum Bargeld gehörenden Münzen zu

und Vollbeschäftigung sei, daß also eine mäßige Inflation das kleinere Übel und in Kauf zu nehmen sei, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Dabei wird meist vergessen, daß sich die Wirtschaft, die Tarifparteien und auch der Staat an Inflation anpassen und daß Inflation auch Auswirkungen auf die außenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes hat. Es kann sehr wohl sein, daß ein solcher Versuch, durch eine "Politik" des billigen Geldes "Vollbeschäftigung" zu erzielen, diese nicht im eigenen Land, sondern im Ausland erzeugt, und daß mit dieser Politik auf mittlere und längere Sicht im Inland sogar die Voraussetzungen für Stagnation und Unterbeschäftigung geschaffen werden.

Die Wirkungen der Inflation hängen vor allem davon ab, wie rasch und in welchem Maße sich die Wirtschaftssubjekte der Inflation anpassen können. Prinzipiell stellt Inflation eine Entwertung des Geldvermögens dar, sie ist quasi ein negativer Zins und Abwehrreaktionen, wie die "Flucht in die Sachwerte" oder die Verschärfung von Verteilungskämpfen sind Fehllenkungen und Vergeudungen von Ressourcen. Inflation benachteiligt die Bezieher fester (kontraktbestimmter) und niedriger Einkommen, sie ist somit prinzipiell unsozial, sie erschwert die eigenverantwortliche private Alterssicherung. Sie fördert damit das Aufkommen des Wohlfahrts-, Steuer- und Schuldenstaates, die Steuervermeidung durch Schwarzarbeit und die Staatsverdrossenheit. In Deutschland hat sie durch Verarmung und Radikalisierung des Mittelstandes, der seine Ersparnisse und selbständige Existenz verlor, maßgeblich zum Aufkommen des Nationalsozialismus beigetragen.

Ein Grundübel der Inflation ist, daß diese die Tendenz zur Selbstverstärkung hat, daß sie sich, wenn sie nicht bekämpft wird, beschleunigt und daß eine Zurückführung hoher Inflationen umso schwieriger wird, je länger man damit wartet. Der Preis für eine Antiinflationpolitik kann sehr hoch sein (Arbeitslosigkeit, Firmenzusammenbrüche und soziale Unruhen), er muß aber evtl. gerade auch bei der Transformation (wie das Beispiel Polen zeigt) trotzdem bezahlt werden.

### **e) Geld- und Währungspolitik, Bedeutung der Außenwirtschaft in den Wirtschaftsordnungen**

Unter Währungspolitik versteht man die grundlegenden ordnungspolitischen Entscheidungen über die innere (im Verhältnis zum Inland) und äußere Verfassung des Geldwesens. Mit einer nationalen Währung - z.B. der Deutschen Mark - sind bestimmte Regelungen von dauerhafter Art verbunden, wie z.B. darüber, wie das Geld in Umlauf kommt, wie sich die Devisenkurse, d.h. die Preise fremder Währungen bilden (fest oder flexibel), welche Rechte und Pflichten die Notenbank hat und ob ein Land einer Währungsunion beitreten soll. Solche währungspolitischen Entscheidungen sind Angelegenheit der Regierung, während die laufende Geldpolitik Sache einer unabhängigen Notenbank ist.

#### Außenhandel und Wirtschaftsintegration im Sozialismus

Eine sozialistische Planwirtschaft ist gekennzeichnet durch den Versuch, so weit wie möglich autark zu sein bzw. die internationale Arbeitsteilung nur innerhalb des eigenen Machtblocks zu organisieren. Auch Exporte werden vor allem zum Zweck der Devisenbeschaffung für unumgängliche Warenimporte vorgenommen. Ein freier internationaler Kapitalverkehr wird nicht zugelassen. Devisenbewirtschaftung, willkürliche und differenzierte Wechselkurse und das Außenhandelsmonopol sind Maßnahmen zur Unterbindung eines freien internationalen Waren- und Kapitalverkehrs und um das Binnenpreisniveau und -preisgefüge von der Weltwirtschaft abzukoppeln. Auch durch Subventionierung einerseits und Besteuerung andererseits wird versucht, die Preise für Export- und Importgüter unabhängig vom Einfluß des Auslands allein nach den Zielen der nationalen Wirtschaftsplanung zu gestalten.

#### in der Marktwirtschaft

Demgegenüber strebt eine Marktwirtschaft stets nach einem unbehinderten internationalen Austausch. Im Prinzip bedeutet ein freier Außenhandel eine Ausweitung (über die Grenzen eines Landes hinaus) der Arbeitsteilung und des Wettbewerbs und ein freier Kapitalverkehr sollte dazu führen, daß das stets knappe Kapital in die produktivste Verwendung gelenkt wird. Den gleichen Prinzipien sollte auch eine Wirtschafts- und Währungsintegration dienen. Die fortgeschrittenste Form der Integration ist eine Union. Von einer Wirtschaftsunion verspricht man sich den Vorteil eines größeren und aufnahmefähigeren Marktes und eine Währungsunion ist quasi eine endgültige Festschreibung der Wechselkurse und mit dem Untergang der nationalen Währungen auch mit einem Souveränitätsverzicht, d.h. einem Verzicht auf nationale Geld- und Fiskalpolitik verbunden.

Die wichtigsten Daten zur Außenwirtschaft sind Wechselkurse und die Zahlungsbilanz.

### **f) Wechselkurse**

Wird eine Währung im Rahmen des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs gehandelt, d.h. ist die Währung konvertibel, so hat diese Währung, wie jede Ware, einen Preis, den Devisenkurs. Währungen werden an Devisenbörsen gehandelt und der Preis bildet sich durch Angebot und Nachfrage.

Für Angebot von und Nachfrage nach einer Währung sind die internationalen Warenströme (der Außenhandel) und die von Kapitalanlageentscheidungen bestimmten Kapitalströme, die in der Zahlungsbilanz dargestellt werden, entscheidend. Dabei spielen auch die nationalen Inflationsraten und Inflationserwartungen sowie die realen (inflationbereinigten) Zinsniveaus eine Rolle. Im Prinzip ist die Statistik der Wechsel- und Devisenkurse<sup>5</sup> eine spezielle Preisstatistik.

Der Wechselkurs kann zumindest auf kurze und mittlere Sicht von der Kaufkraftparität abweichen. Man kann deshalb auch neben den nominalen Wechselkursen reale Wechselkurse (unter Berücksichtigung der nationalen Preisniveaus) berechnen

$$\text{realer WK} = \text{nominaler WK} (\text{Preisniveau Inland} / \text{Preisniveau Ausland}),$$

die auch als Indikatoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelten (Steigen = Verschlechterung, Währung wird teurerer, relativ große [im Vergleich zum Ausland] nationale Inflation wirkt genauso).

Für eine Währung gibt es so viele Wechselkurse wie es fremde Währungen gibt, gegen die sie getauscht wird. In diesem Sinne gibt es den gewogenen Außenwert der DM (oder auch "effektiver Wechselkurs") als Preisindex, d.h. als gewogenes Mittel der Wechselkurse (genauer: der Kursveränderungen) der DM gegenüber den wichtigsten Währungen. Das methodisch interessante Problem dabei ist das Wägungsschema. Für das Gewicht eines Landes (genauer: eines Währungsgebietes) ist nicht nur das Volumen des Außenhandels mit diesem Land, sondern auch die Bedeutung des betreffenden Landes als Konkurrent auf Drittmärkten entscheidend (so spielt z.B. Japan für uns nicht nur eine Rolle als Importeur deutscher Waren oder Exporteur nach Deutschland, sondern (indirekt) auch als Konkurrent deutscher Exporteure auf dem US-Markt).

### Feste und flexible Wechselkurse

Ohne Interventionen der Notenbanken auf den Devisenmärkten bilden sich flexible (freischwankende) Kurse, während feste Wechselkurse das Ergebnis gezielter Interventionskäufe und -verkäufe sind. Bei festen Wechselkursen besteht die Gefahr einer

<sup>5</sup> Der Devisenkurs  $e$  ist der Preis der ausländ. Währung in heimischer Währung, der Wechselkursen  $e^{-1}$  oder Außenwert der eigenen Währung ist der reziproke Wert hiervon.

importierten Inflation und es können auch (zumindest über einige Zeit) Über- oder Unterbewertungen einer Währung auftreten mit der Konsequenz ungewollter Waren- und Kapitalströme, was jedoch auf Dauer nicht gegen die Kräfte des Marktes ohne erhebliche ungewollte Devisenbewegungen aufrecht erhalten werden kann. Flexible Wechselkurse bieten der nationalen Geld- und übrigen Stabilitätspolitik mehr Spielraum und Autonomie. Andererseits bieten feste Wechselkurse mehr Kurssicherheit und sie haben auch Vorteile im Zuge zunehmender Integration von Wirtschaftsräumen.

### g) Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz stellt den entgeltlichen und unentgeltlichen Erwerb von Waren, Dienstleistungen und Forderungen der Inländer von den Ausländern bzw. umgekehrt der Ausländer von den Inländern dar. Sie ist die Basis der Beurteilung der außenwirtschaftlichen Situation. Im Vordergrund steht dabei der Leistungsbilanzsaldo. Für die Interpretation ist u.a. das Wechselkurssystem (feste oder flexible Wechselkurse) wesentlich.

In der Zahlungsbilanz sind alle fünf Transaktionsarten darzustellen

Gegenleistung	Leistung	
	Güter + Dienste	Forderungen
Güter + Dienste	1 Naturaltausch	2 Außenhandel
Forderungen	2 Außenhandel	4 Kapitalverkehr
keine (Transfer)	3 Warentransfer	5 Forderungstransfer

Mit der Gliederung Waren/Dienste/Forderungen (=Kapital) sowie den Möglichkeiten des Erwerbs (entgeltlich/unentgeltlich) sind alle Möglichkeiten wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland erfaßt<sup>6</sup>. Hinzu kommt, daß Die Zahlungsbilanz ist deshalb insgesamt stets ausgeglichen. Salden kann es nur für Teilbilanzen geben, die (kumulativ) aufeinander aufgebaut sind:

#### Aufbau der Leistungsbilanz (Bilanz der laufenden Positionen<sup>1</sup>)

Handelsbilanz	Warenexport und -import nach der Außenhandelsstatistik
Dienstleistungsbilanz und Faktoreinkommen	darunter z.B. Reiseverkehr, Kapitalerträge, (Faktoreinkommen) Patente usw.
Übertragungsbilanz <sup>2</sup>	Gegenbuchung für unentgeltliche Leistungen

1) Der Zahlungsbilanz liegt das Gliederungsprinzip "laufende Rechnung" (current account) und "vermögensverändernde Positionen" (capital account) zugrunde, was übrigens auch in der VGR gilt (Konten 1-5 und 6-7).

2) nach BPM 5.Aufl. nur noch laufende Übertragungen

Den Gegenposten zur Leistungsbilanz (LB) könnte man Forderungsbilanz (FB) nennen. Sie gliedert sich in Kapitalverkehr und Devisenbilanz (praktisch wegen der zentralen Währungsreserve nur ein besonders herausgehobener Teil der Kapitalbilanz).

<sup>6</sup> Die Zahlungsbilanz ist ein vollständiges (Einkommens- und Zahlungsströme umfassendes) aber einseitiges ("offenes"), d.h. nur einen Partner einer Transaktion betrachtend (nur Inland) Buchungssystem (während die VGR unvollständig (nur Einkommensströme, also Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten erfassend) und zweiseitig (oder "geschlossen") ist.

Einem LB-Überschuß (positiver Saldo) entspricht also ein gleich großes FB-Defizit (negativer Saldo). Deshalb ist ein LB-Überschuß nicht unter allen Umständen stets etwas gutes (und ein Defizit immer etwas schlechtes), weil dem Überschuß (z.B. bei den Exporten) ein Defizit (Kapitalexport, d.h. das Kapital wird im Ausland angelegt) entspricht. Daß die LB besonders beachtet wird, liegt an dem Zusammenhang des LB-Saldos mit wichtigen binnenwirtschaftlichen Größen (Produktion, Einkommen, Beschäftigung).

### **h) Auslandsstatus**

Die Zahlungsbilanz ist im strengen Wortsinne keine "Bilanz", also eine Darstellung von Aktiva (Vermögen) und Passiva (Schulden) zu einem Stichtag. Eine solche Bilanz ist der Auslandsstatus (oder: Auslandsvermögensstatus), der das Nettoauslandsvermögen (die "Nettoposition", also die Differenz Vermögen-Schulden) darstellt. Die Zahlungsbilanz zeigt demgegenüber die Veränderung von Forderungen (Geldvermögen) und Schulden, und zwar die transaktionsbedingte (z.B. durch Wertpapierkäufe), nicht die bewertungsbedingte Veränderung. Ein Leistungsbilanzüberschuß (-defizit) bedeutet eine Zunahme (Abnahme) der Nettoposition gegenüber dem Ausland. In der VGR heißt die Veränderung der Nettoposition auch "Finanzierungssaldo".

### **i) Strom- und Bestandgrößenrechnungen in der Wirtschaftsstatistik**

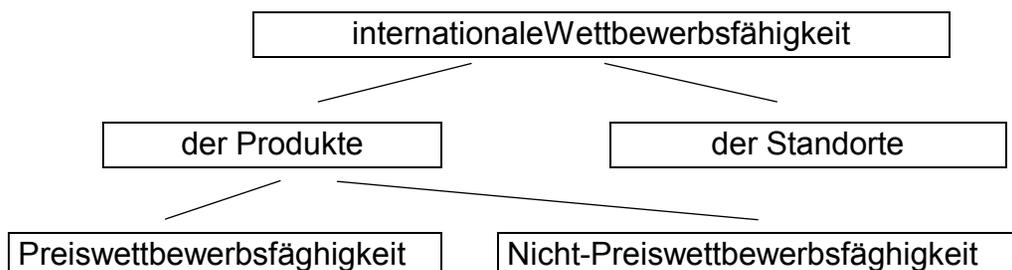
Begriffliche Zusammenhänge werden auch deutlich bei der Betrachtung des allgemeinen Bilanzschemas:

Aktiva	Passiva
Sachvermögen (K)	Verbindlichkeiten (V)
Forderungen (F)	Saldo: Reinvermögen

Die Darstellung des Kapitalstocks (K) nach Arten und Sektoren ist Aufgabe der Anlagevermögensrechnung. Die "Schnittstelle" zur VGR ist der Begriff "Investition" (Konto 6). Geldvermögen (F) und -schulden (V) werden in der Geldvermögensrechnung und die Veränderung von F und V also  $\Delta F$  und  $\Delta V$  in Konto 7 bzw. in der Finanzierungsrechnung.

### **j) Internationale Wettbewerbsfähigkeit**

Heutzutage konkurrieren Länder nicht nur mit ihren Produkten, sondern auch als Standorte für Investitionen. Für beide Aspekte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gibt es jedoch keine einfachen, eindeutigen statistischen Maßstäbe.



Viele osteuropäische Reformländer, insbesondere die Polen, Tschechien und Ungarn, haben sich in letzter Zeit sehr bemüht, durch Schaffung günstiger Rahmenbedingungen ausländische Investoren für Investitionen in ihrem Lande zu gewinnen. Mit zunehmender internationaler Verflechtung gewinnt nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Produkte eines Landes, sondern auch diejenige der Standorte (für anlagensuchendes Kapital) an Bedeutung.

Die Maßstäbe für diese (Arten der) Wettbewerbsfähigkeit sind jedoch schwer zu finden. So ist z.B. für bestimmte einfache Massenprodukte ein hohes Lohnniveau (gemessen an den Lohnkosten je Produkteinheit) ein Nachteil. Dieser Nachteil ist aber nicht absolut. Wegen des häufig höheren Ausbildungsstandes und Einkommensniveaus kann ein solches Land gleichwohl Vorteile bei "high-tech"-Produkten, die einen kaufkräftigen Markt verlangen, haben.

Direktinvestitionen (als Teil der Kapitalbilanz in der Zahlungsbilanz) im Ausland sind nicht notwendig "Kapitalflucht", also ein Mißtrauen gegenüber dem eigenen Land als Investitionsstandort. Sie können auch "handelsbegleitend" sein zur Sicherung unserer Warenexporte ins Ausland. Zu Standortvorteilen im allgemeinen gehören auch der Ausbildungsstand der Arbeitskräfte, die politische und soziale Stabilität, die Mitgliedschaft in der EG oder die Nähe zu anderen Märkten (z.B. Osthandel). Standortnachteile können dagegen hohe Belastungen durch Steuern und Umweltauflagen sein. Es gibt, wie man sieht, keine eindeutigen Maßstäbe.

#### **4. Neuorientierung der Preisstatistik (Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen)**

##### ***a) Preise und Wettbewerb***

Mit der Transformation einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft sind nicht nur zahlreiche neue Institutionen (oder eine andere Bedeutung bereits bekannter Institutionen, wie Staat oder Banken) verbunden, sondern auch funktionelle Änderungen: hinsichtlich der Funktionsweise eines Wirtschaftssystems spielen die Preise (im weitesten Sinne einschließlich Löhne, Zinsen, Wechselkurse usw.) eine sehr unterschiedliche Rolle. Sie ergibt sich aus der Bedeutung des Wettbewerbs.

Während eine Planwirtschaft Wettbewerb, zumindest spontanes Konkurrenzverhalten, soweit wie möglich zugunsten organisierter und kontrollierter Spezialisierung und Monopolisierung ausschaltet und Wettbewerb meist nur zur innerbetrieblichen Leistungsstimulierung zuläßt ("materielle Interessiertheit"), ist in einer Marktwirtschaft ein offener Wettbewerb auf allen Märkten gewünscht, ja systemnotwendig.

Preise erfüllen dabei eine Signal- und Auslesefunktion. Sie sollen eine Lenkung der Ressourcen in die produktivste Verwendung und eine Selektion nach Leistungsfähigkeit (geringe Kosten beim Anbieter bzw. hohe Zahlungsfähigkeit beim Nachfrager) bewirken und tun dies umso besser, je intensiver der Wettbewerb ist, je größer der Zwang ist, auf Preissignale auch zu reagieren.

Eine Planwirtschaft kennt Preise nicht als Lenkungsinstrument und Preisänderungen lösen meist keine Anpassungs- und Wettbewerbsprozesse aus. Preise sind deshalb auch keine Maße für die wirkliche Knappheit von Gütern. Die Preisstruktur kann (zusätzlich durch Subventionen und Steuern), gemessen an den tatsächlichen Kosten oder an den Preisen auf dem Weltmarkt, stark verzerrt sein. Viele Reformen setzen daher am Preissystem an.

Eine freie Preisbildung allein muß nicht auch zu Wettbewerb führen und für die mit ihm verbundene Vielfalt von Anbietern und Waren sowie Leistungssteigerung (z.B. Kostensenkung). Hinzu kommen muß eine Demonopolisierung und ein Anreiz zur unternehmerischen Betätigung durch eine entsprechende Eigentumsordnung. Wettbewerb bedeutet, daß Anbieter Nachfrager für sich u.a. durch den Preis (aber auch durch

andere Parameter, wie die Qualität) gewinnen wollen und entsprechend auch Nachfrager Anbieter für sich gewinnen wollen.

Wettbewerb führt also stets auch zur Differenzierung von Preisen und den übrigen Konditionen sowie zu einer größeren Dynamik der Preise.

Eine sozialistische Planwirtschaft ist in fast allen Bereichen eine Mangelwirtschaft. Überall haben Nachfrager (Käufer) fast immer die schlechteren Karten. Nicht nur bei Konsumgütern, auch innerhalb des Unternehmensbereichs haben wir Verkäufer, die umworben werden und es eigentlich gar nicht nötig haben, sich um die Käufer zu bemühen. In einer Marktwirtschaft ist die Situation in den meisten Bereichen genau umgekehrt. Es gibt also in Planwirtschaften meist "Verkäufermärkte" infolge geringen Wettbewerbs und in Marktwirtschaften oft "Käufermärkte", zumindest dort, wo der Wettbewerb auf der Angebotsseite intensiv ist.

Wettbewerb ("Umwerben") erfolgt nicht nur mit dem Preis, sondern auch mit der Qualität, dem Service, der Reichhaltigkeit des Angebots, der Ästhetik der Verkaufseinrichtung und mit vielen anderen Faktoren ("Aktionsparametern" im Wettbewerb).

Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß der Gegenstand der Betrachtung in der Preisstatistik deshalb nicht einfach nur Preise, sondern Käufe unter Berücksichtigung aller dieser (preisbestimmenden) Faktoren sind.

Wettbewerb ist stets ein Prozeß, der zwei Aktivitäten umfaßt, die in der Praxis simultan ablaufen und nur gedanklich in zwei sukzessive Schritte zerlegt werden:

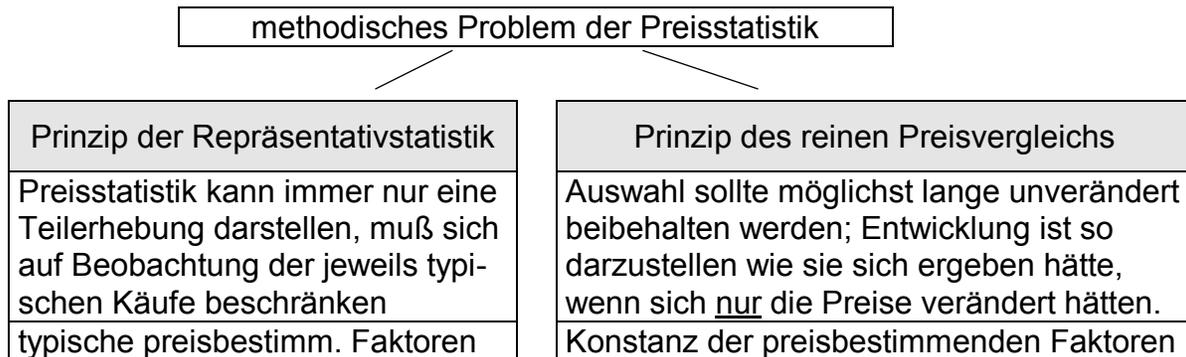
1. Vorstoß: man versucht durch Differenzierung der Produkte, Qualitäten usw. einen "eigenen Markt" zu bekommen, einen Vorsprung vor den Konkurrenten zu erzielen
2. Aufholen: der Wettbewerb zwingt die Konkurrenten den Vorsprung wieder einzuholen, die eigene Leistung der des Vorstoßenden anzupassen und dadurch auch ein Entstehen von Macht des Vorstoßenden zu verhindern, die Differenzierung wieder abzubauen.

Das sind die Hauptgründe für Dynamik und Vielfalt. Hinzu kommt, daß sich ein Anbieter nicht nur einer gegebenen Nachfrage anpaßt, sondern auch bewußt Nachfrage durch sein Angebot erst schafft. Wettbewerb ist nicht einfach ein Instrument zur Effizienzsteigerung im Interesse (politisch) vorgegebener Ziele (z.B. eines Volkswirtschaftsplans), sondern ein Instrument zur Entdeckung möglicher Ziele, durch die am Wettbewerb als Anbieter und Nachfrager beteiligten Menschen, eine Quelle des Wachstums und der Ausdruck der Freiheitlichkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

### **b) Folgerungen für eine marktwirtschaftliche Preisstatistik**

Für eine Planwirtschaft ist die Anpassung an fremdbestimmte Ziele typisch. Phantasie und Energie wird nicht aufgewendet, um aus eigenem Antrieb die Leistung zu steigern und die Aktivitäten zu differenzieren, sondern um einer von der Planung gesetzten Leistungsanforderung auszuweichen und möglichst bequem zu erfüllen. Vielfalt und Dynamik ist auf beiden Seiten, auf der Seite der Planer und der Betriebe, eher unerwünscht. Für das System sind Einheitlichkeit, Normierung, Kontinuität viel eher rationell. Die Konsequenz ist, daß die Preisstatistik, gemessen an der Preisstatistik einer Marktwirtschaft einfach und für die Planung von eher untergeordneter Bedeutung ist.

In einer Marktwirtschaft sind nicht nur sehr viel mehr Preise zu erheben, sondern es sind auch die methodischen Probleme, um zu einer vernünftigen Aussage über das Niveau und die Struktur der Preise zu gelangen, sehr viel größer. Die Preisstatistik ist, was die Mitwirkung der Befragten betrifft, ein besonders anspruchsvoller Teil der Wirtschaftsstatistik. Es sind nämlich gleichzeitig zwei Prinzipien zu erfüllen:



Die Preisstatistik kann deshalb sich nicht auf die Beobachtung tatsächlich bezahlter Preise beschränken, sondern muß weitere Elemente eines Kaufvertrages berücksichtigen (z.B. Qualitätsveränderungen) und z.T. eine hypothetische Preisentwicklung konstruieren. Auch Preisindizes, das hauptsächliche Darstellungsmittel preisstatistischer Ergebnisse, müssen diesen Grundsätzen (z.B. dem reinen Preisvergleich) genügen. Das gilt ferner nicht nur für Preise und Preisindizes von Warenpreisen, sondern auch bei "Preisen" in einem weiteren Sinne, wie z.B. Aktienkursen, Zinsen, Tarif- und Effektivverdiensten usw. sowie im internationalen Vergleich.

### c) Repräsentativstatistik und reiner Preisvergleich

Es ist nicht einfach Preise zu ermitteln, die sowohl für bestimmte Käufe repräsentativ sind, als auch (im Zeitablauf) vergleichbar sind.

Wegen der Fülle der zu beachtenden preisbestimmenden Faktoren (Art, Menge, Qualität des Gutes, Rabatte, Lieferbedingungen, Art des Geschäfts usw.) und der großen Zahl von Käufen ist eine Auswahl typischer Fälle erforderlich.

Es gibt nicht nur methodische, sondern auch seit einiger Zeit rechtliche Bedenken gegen das von der amtlichen Statistik angewandte Verfahren der bewußten (typischen) Auswahl. Oft werden echte Stichproben (Zufallsauswahl) gefordert. Dabei wird oft übersehen, daß Stichproben in den meisten Bereichen der Preisstatistik undurchführbar sind: es gibt keine Auswahlrahmen (Register), das Auswahlverfahren müßte sich auf alle die genannten Faktoren (Warenarten, Qualitäten, Berichtsgemeinden, Arten von Geschäften usw.) erstrecken, die ihrerseits beständig im Fluß sind, was bei jeder Veränderung eine neue Auswahl erfordern würde und es ist zu bedenken, daß die Preisstatistik für die Befragten besonders anspruchsvoll ist (die Preisermittler brauchen die Mitarbeit der Verkäufer bei der Beurteilung der Marktgängigkeit und der Qualität), eine große Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit verlangen, die von einem zufällig gezogenen Geschäft nicht erwartet werden kann und daß die Auswahl außerdem wegen des Prinzips des reinen Preisvergleichs möglichst lange unverändert beibehalten werden sollte. Eine Zufallsauswahl ist nicht nur schwer zu realisieren, es ist auch fraglich, ob sie bei zu erwartenden Widerständen wegen der Komplexität der Anforderungen an die Befragten überhaupt eher "repräsentativ" wäre oder als gerechter empfunden werden würde.

#### Die Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen

ist für einen reinen Preisvergleich erforderlich. Sie ist einerseits schwierig korrekt durchzuführen, weil es Zweifel geben kann, ob eine zu berücksichtigende Qualitätsveränderung vorliegt und von welchem Ausmaß sie ist und andererseits ist sie auch ein Einfallstor für Willkür und Manipulation. Im Extremfall könnte man fast jede Preis-

steigerung mit dem Argument wegdiskutieren, daß es sich um eine durch Qualitätsverbesserung gerechtfertigte Preissteigerung gehandelt habe.

### Konfliktsituationen

Die Prinzipien "Repräsentativstatistik" und "reiner Preisvergleich" sind streng genommen geradezu gegensätzliche Forderungen. So verlangt z.B. das Auftreten einer neuen Ware B, die rasch die Ware A verdrängt, einmal den Übergang zur Ware B, weil diese typischer ist, andererseits jedoch die Beibehaltung der Ware A im Interesse der Vergleichbarkeit. Man wird also in der Praxis stets "nur" einen Kompromiß zwischen beiden Prinzipien verwirklichen können.

### **d) Vielfalt der Preisindizes, Preisniveaus**

Es gibt nicht das Preisniveau einer Volkswirtschaft, sondern eine Vielzahl von speziellen Preisniveaus. Wenn man von dem Geldwert (der Kaufkraft des Geldes) spricht, so ist üblicherweise das Verbraucherpreisniveau gemeint. Es sind aber ganz bestimmte, nicht immer gegebene Bedingungen erforderlich, um die Kaufkraft des Geldes (und damit die Inflationsrate) mit einem Preisindex für die Lebenshaltung messen zu können.

Es ist weitgehend nur Konvention, wenn man als Maßstab hierfür den "Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte" heranzieht und als objektiven Geldwert ansieht, weil der Warenkorb hinreichend repräsentativ (d.h. stellvertretend für alle Haushalte) ist. Aber auch eine Orientierung an andere Preisindizes (z.B. für die letzte inländische Verwendung), die z.B. auch Investitionsgüterpreise enthalten, wird diskutiert.

Neben der Messung spezieller Preisniveaus ist die Deflationierung von Wertgrößen eine der Hauptaufgaben der Preisstatistik. Auch zwischen den beiden Aufgaben ist ein Konflikt möglich.

### **e) Voraussetzungen der Kaufkraftmessung mit einem Preisindex**

Man hat in Deutschland während und kurz nach dem zweiten Weltkrieg durchaus eine beträchtliche Inflation gehabt, ohne daß dies an dem offiziellen Preisindex für die Lebenshaltung erkennbar war. In "normalen" Zeiten vergißt man leicht, daß man nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Inflation mit einem Verbraucherpreisindex (also einem Preisindex für die Lebenshaltung oder, wenn es diesen nicht gibt, mit einem Einzelhandelspreisindex) messen kann.

Preisstopp, allgemeine Mangelsituation, schwarze Märkte und ähnliche Erscheinungen, die gerade in Kriegszeiten nicht ungewöhnlich sind, stellen nur eine solche Ausnahmesituation dar, in der ein Verbraucherpreisindex nicht die Kaufkraft des Geldes messen kann.

Eine andere Situation ist z.B. in Entwicklungsländern häufig gegeben: die Nominaleinkommen, und erst recht die mit einem offiziellen Preisindex für die Lebenshaltung hieraus errechneten Realeinkommen, sind so lächerlich gering, daß es kaum vorstellbar ist, daß die Menschen in solchen Ländern überhaupt am Leben bleiben können. Daß ein Überleben trotzdem möglich ist, liegt sehr viel daran, daß die Versorgung der Bevölkerung gar nicht in einem so hohen Maße über den privaten Konsum durch Käufe auf Märkten üblich ist.

Kollektiver Konsum, Naturaltausch, private und staatliche Umverteilung von Natural- statt Geldeinkommen, sind in einer Marktwirtschaft weitgehend zu Randerscheinungen zurückgedrängt. Aber nur unter diesen Voraussetzungen, d.h. wenn eine vorwiegend individuelle Versorgung über Käufe auf freien Märkten möglich und als vorherrschend üblich ist, kann ein Preisindex auch zur Messung der Realeinkommen herangezogen werden.